

EUROPÄISCHE UNION



**Ausschuss der Regionen**

**NAT-VI-004**

**5. Sitzung der Fachkommission am 21. September 2015**

**ENTWURF EINER STELLUNGNAHME**

**Fachkommission für natürliche Ressourcen**

**Innovation und Modernisierung der ländlichen Wirtschaft**

---

Berichterstatter: **Randel Länts (EE/SPE)**

Mitglied des Stadtrats von Viljandi

---

Dieses Dokument wird in der Sitzung der **Fachkommission für natürliche Ressourcen am 21. September 2015 von 11.00 bis 18.00 Uhr** erörtert.

Referenzdokument

## **Entwurf einer Stellungnahme der Fachkommission für natürliche Ressourcen – Innovation und Modernisierung der ländlichen Wirtschaft**

### **I. HINTERGRUND**

1. In der Strategie "Europa 2020" werden vor allem Städte und Großstädte als Motoren für das Wirtschaftswachstum angesehen. Es wird jedoch nicht möglich sein, die Ziele der Strategie zu erreichen und den territorialen Zusammenhalt zu wahren, wenn nicht das gesamte Potenzial ausgeschöpft wird, was auch das Potenzial der ländlichen Gebiete einschließt.
2. Ländliche Gebiete und intermediäre Regionen machen 91% des EU-Gebiets aus, hier leben 60% der Bevölkerung der EU, hier werden 43% der Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, und hier sind 56% der Arbeitsplätze in der EU angesiedelt.
3. Das Landleben bewahrt ein reiches kulturelles, architektonisches, natürliches, soziales, kulinarisches und wirtschaftliches Erbe. Daher sind die ländlichen Gebiete für die neuen politischen Ansätze zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des territorialen Zusammenhalts von großer Bedeutung.
4. Viele ländliche Gebiete in Europa sind mit ähnlichen Problemen konfrontiert: der physischen Zugänglichkeit, der Entfernung von Entscheidungs- und Forschungszentren und mit mangelnder Technologieinfrastruktur, was dazu führt, dass die technologische Kluft noch weiter auseinanderklafft. Die Erwerbsbeteiligung ist in ländlichen Gebieten niedriger, daneben werden dort weniger Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig haben die ländlichen Gebiete auch eine ganze Reihe an Vorzügen zu bieten: die Natur, ein angenehmes Lebensumfeld, eine geringere Umweltverschmutzung und vieles mehr.
5. Es sollte jedoch beachtet werden, dass sich ländliche Gebiete aufgrund ihrer Charakteristika und Probleme stark voneinander unterscheiden können. Einige von ihnen leiden unter Landflucht und einer alternden Bevölkerung, in anderen, stadtnahen Gebieten wächst der Druck durch die steigende Nachfrage nach Baugrundstücken und die demografische Entwicklung. Manche haben aufgrund des Rückgangs der landwirtschaftlichen Tätigkeit mit einem Konjunkturrückgang zu kämpfen, während andere aufgrund der Qualitäten ihrer natürlichen Umgebung oder aufgrund anderer Qualitäten des Lebensumfelds, durch den Tourismus und/oder Zuwanderung wachsenden Erfolg verbuchen. Einige verfügen über ein relativ gutes Straßennetz und eine gute Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, während andere relativ isoliert sind.
6. Gemeinsam ist ihnen, dass der Entwicklungsstand ländlicher Gebiete hinter dem Entwicklungsstand der EU und vor allem der städtischen Gebiete zurückbleibt und dass sich der Rückstand noch weiter vergrößert.
7. Die Aufrechterhaltung einer hohen Qualität öffentlicher und privater Dienstleistungen erfordert häufig große politische, bürgerschaftliche und finanzielle Anstrengungen und ein Mehr an Solidarität zwischen Stadt und Land. Gleichzeitig kann die Entwicklung von öffentlichen Dienstleistungen oder Produkten eine unternehmerische Herausforderung darstellen. Zum

Beispiel können durch die Bedingungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge Anreize für die Unternehmen geschaffen werden, nach neuen innovativen Lösungen zu suchen.

8. Die im Rahmen der GAP verfügbaren Mittel sind im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum von 96,319 Mrd. EUR auf 84,936 Mrd. EUR gekürzt worden. Daneben haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, bis zu 25% der Mittel von der zweiten auf die erste Säule zu übertragen, wodurch in einigen Mitgliedstaaten bereits eine erhebliche Verringerung der Mittel der zweiten Säule zu beobachten ist.
9. Eine echte Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums ist ohne Berücksichtigung aller beteiligten Akteure nicht vorstellbar. Die Mitgliedstaaten sollten sich dazu entschließen, in ihren Programmen für die Entwicklung des ländlichen Raums einen erheblichen Anteil des Haushalts für die soziale Eingliederung, die Armutsbekämpfung und die Förderung des Wirtschaftswachstums in den ländlichen Gebieten bereitzustellen. Leider fließt aber ein Großteil der ihnen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in die Landwirtschaft.
10. Für das Programm LEADER sind nur 5% des ELER-Haushalts vorgesehen, was nicht ausreichen wird, um die Investitionen wieder anzukurbeln. Gleichzeitig wurden seit 1991 mithilfe von LEADER 150 000 Arbeitsplätze geschaffen, und es ist praktisch das einzige Instrument, das die Beschäftigung fördert und dabei hilft, das wirtschaftliche und soziale Gefüge zu erhalten.
11. Neben der Aufstockung der Mittel sollte auch der Umfang der lokalen Entwicklung erweitert werden, um so alle Projekte zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den ländlichen Gebieten einzubeziehen. Die Zusammenarbeit von Kleinerzeugern sollte mit dem Ziel unterstützt werden, ihre Produktionskapazitäten zu erhöhen, die Leistungsfähigkeit der lokalen Märkte zu steigern, die Probleme im Zusammenhang mit kurzen Versorgungsketten zu bewältigen und die Produktentwicklung und die gemeinsame Vermarktung zu fördern. Maßnahmen dieser Art können ferner eine stärkere Zusammenarbeit mit regionalen Bildungs- und berufsbildenden Einrichtungen, LEADER-Netzwerke und andere Formen der Zusammenarbeit vor Ort unterstützen.
12. In einer von der GD Regionalpolitik der Europäischen Kommission durchgeführten Studie zur Unterstützung der lokalen Entwicklung im Rahmen der Kohäsionspolitik, bewährten Verfahren und künftigen politischen Optionen wird empfohlen, eine Koordinierungsplattform für lokale Entwicklung einzurichten, deren Aufgabe es wäre, die lokale Dimension der Entwicklung in die Strategie "Europa 2020" zu integrieren. Die Plattform sollte sich mit der Vereinfachung der Verfahren beschäftigen und untersuchen, ob die verschiedenen sektorspezifischen Politiken kohärent sind. In der Praxis sollte die Plattform die Gestalt einer dienststellenübergreifenden Arbeitsgruppe der Kommission annehmen, die eventuell um Vertreter der anderen EU-Organe erweitert werden könnte.
13. Im vorangegangenen Programmplanungszeitraum 2007-2013 wurde die ländliche Entwicklung mit 91 Mrd. EUR aus dem ELER und mit 85 Mrd. EUR aus anderen Strukturfonds gefördert. Die neue EFRE-Verordnung hingegen ist vor allem an den Städten ausgerichtet, während die ländlichen Gebiete darin nicht einmal erwähnt werden. Demnach stellt sich die Frage, welche

tatsächlichen Möglichkeiten für die Kofinanzierung von Entwicklungsprojekten im ländlichen Raum durch die anderen Strukturfonds (insbesondere EFRE und ESF) bleiben, wenn man bedenkt, dass die meisten in der ELER-Verordnung vorgesehenen Maßnahmen der Landwirtschaft vorbehalten sind.

14. Ein erster Überblick über die Durchführung der operationellen Programme zeigt, dass nur 25% der EFRE-Mittel den ländlichen Gebieten zugutekommen. Die endgültigen Daten über die Zuweisung von EFRE-Mitteln für den Programmplanungszeitraum 2014-2015 werden gegen Jahresende vorliegen.
15. Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) haben am 23. März 2015 ein Garantiefondsmodell für die Landwirtschaft vorgestellt, das in ländlichen Gebieten für besseren Zugang zu Darlehen sorgen soll, sodass Landwirte und andere Akteure in ländlichen Gebieten leichter Darlehen erhalten können.
16. Der Bevölkerungsrückgang und die Landflucht junger Menschen in die mittleren oder großen Städte ist in ganz Europa ein ernstes Problem. Die Hauptgründe für die Abwanderung sind das Fehlen von Arbeitsplätzen, niedrige Löhne und die geringe Attraktivität. Andererseits klagen Unternehmer im ländlichen Raum darüber, dass sie keine neuen, qualifizierten jungen Arbeitnehmer finden. Deshalb muss die Berufsbildung auf dem Land schnell verbessert werden, und zwar sowohl hinsichtlich der beruflichen Erstausbildung, die offenbar nicht den Bedürfnissen der Unternehmen entspricht, als auch mit Blick auf die berufliche Weiterbildung.
17. Die Berufsbildungseinrichtungen im ländlichen Raum müssen wesentlich wirkungsvollere Konzepte dafür erarbeiten, wie örtliche Kleinunternehmen an der Entwicklung der Lehrpläne mitwirken können, fehlen ihnen doch oft nennenswerte administrative und finanzielle Ressourcen für eine Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen. Es geht darum, flexibel, schnell und in einem für die Region angemessenen Umfang Bildung in den Bedarfsbereichen anzubieten. Sicherlich ist es auf dem Land schwieriger als in den Städten, Berufsbildung anzubieten, weil die Lernenden verstreut wohnen und es unterschiedliche Bedürfnisse gibt. Einer der einfachsten Wege, Bildungseinrichtungen und Unternehmen zu engagieren, ist die Betreuung von Praktikanten, die allerdings ohne die Unterstützung von außen für kleine Unternehmen eine zu große Belastung sein kann. Erwogen werden sollte die Ausarbeitung von Plänen zur Unterstützung von Unternehmen, die Praktikanten betreuen. Regionale Berufsbildungs- und sonstige Bildungseinrichtungen müssten mit umfangreichen Ressourcen ausgestattet werden und klare Weiterbildungs- und Umschulungsaufgaben erhalten.
18. Schnelle Telekommunikationsnetze sind von maßgeblicher Bedeutung für Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum. Digitale Dienstleistungen können nur angeboten werden, wenn es schnelles und zuverlässiges Internet gibt. Obwohl die Breitbandversorgung in der EU in den letzten Jahren erheblich verbessert wurde und in manchen Gebieten nun die notwendige Infrastruktur vorhanden ist, gibt es vielerorts nach wie vor erheblichen Rückstand. Hier tritt der Kontrast zwischen Stadt und Land besonders zutage.
19. Neben dem Vorhandensein von Infrastrukturen muss dafür gesorgt werden, dass die Bürger und Unternehmen zu guten Anwendern dieses Angebots werden. Studien belegen, dass diese

Möglichkeiten selbst bei gutem Internetzugang von den meisten nur relativ begrenzt genutzt werden. Schulungsmaßnahmen und die Verbreitung von Informationen über die verschiedenen Möglichkeiten. – insbesondere über den Einsatz von IKT für die Produktentwicklung in Kleinunternehmen – könnten eine Chance für die ländlichen Gebiete sein.

20. Heute wird das Konzept der "intelligenten Städte" in der Regel mit Großstädten in Verbindung gebracht, wo sich der Wandel abspielt und nach Entwicklungsperspektiven gesucht wird. Gleichwohl wären auch die ländlichen Gebiete gut beraten, sich für dieses Konzept zu öffnen. "Stadt" und "Land" sollten nicht als Gegensatz begriffen werden, sondern zwischen ihnen sollte sich eine Synergie entfalten, zu der die neuen Technologien und deren Umsetzung vor Ort beitragen können. Es sollte von "intelligenten Regionen" oder "intelligenten Gebieten" die Rede sein.
21. Die europäische Innovationspartnerschaft ist ein neuartiges Konzept gegen die Schwachstellen, Defizite und Hindernisse, die die Ausarbeitung und Vermarktung guter Ideen aus der europäischen Forschung und Innovation behindern oder bremsen. Lösungen müssen insbesondere mit Blick auf unzureichende Investitionen, veraltete Rechtsvorschriften, das Fehlen von Normen und Probleme aufgrund der Marktzersplitterung gefunden werden.

## **II. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

### **DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN**

22. ist der Auffassung, dass die in allen europäischen Regionen und insbesondere in den ländlichen Gebieten auftretenden wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme nur durch integrierte Politikansätze gelöst werden können und spricht sich daher dafür aus,
23. die Vereinheitlichung der Regeln für die Strukturfonds mithilfe eines gemeinsamen strategischen Rahmen fortzusetzen, um die Entwicklung des ländlichen Raums besser planen und lenken zu können;
24. darauf aufmerksam zu machen, dass die Sparmaßnahmen und die allgemeine Kürzung der Mittel für die Landwirtschaft die weitere Lebensfähigkeit der ländlichen Gebiete bedrohen;
25. darauf hinzuwirken, dass im Programmplanungszeitraum 2014-2020 mehr EU-Mittel für die lokale Entwicklung bereitgestellt werden;
26. differenziertere Beiträge anzustreben und die Belange der ländlichen Gebiete in allen Politikbereichen der EU zu berücksichtigen, so wie dies derzeit für die Städte der Fall ist;
27. die von der erweiterten Arbeitsgruppe für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete an die Kommission gerichtete Forderung zu unterstützen, ein Weißbuch auszuarbeiten, das als Ausgangspunkt für eine Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume nach 2020 dienen könnte;

28. die von der Europäischen Kommission einzurichtende Koordinierungsplattform für lokale Entwicklung engagiert zu unterstützen;
29. die Bedeutung der ländlichen Gebiete als Pole der Entwicklung und Innovation, die zur Strategie Europa 2020 beitragen, hervorzuheben;
30. sich gegen den Grundsatz der makroökonomischen Konditionalität für die Zuweisung von EU-Mitteln auszusprechen – es müssen auch soziale und ökologische Indikatoren berücksichtigt werden;
31. darauf hinzuwirken, dass landwirtschaftliche Innovationsprogramme und wissenschaftliche Forschung vor allem auf Gebiete mit Viehhaltung, naturbedingten Nachteilen sowie landwirtschaftliche Kleinbetriebe ausgerichtet werden;
32. die Bedeutung der Innovationspartnerschaft für die Modernisierung der Wirtschaft im ländlichen Raum zu unterstreichen;
33. nachdrücklich zu bemängeln, dass die ländlichen Gebiete nicht zur Hauptzielgruppe der Innovationspartnerschaft für die lokale Entwicklung der Europäischen Kommission gehören;
34. entschieden zu kritisieren, dass die neue EFRE-Verordnung lediglich auf städtische Gebiete ausgerichtet ist;
35. das Berufsbildungsangebot auf dem Land zu modernisieren sowie an die globalen Wettbewerbsbedingungen und den Bedarf der lokalen Unternehmen anzupassen;
36. die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und regionalen Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen zu intensivieren;
37. Maßnahmen auszuarbeiten, um die Produktentwicklung von Kleinunternehmen zu fördern und Markthindernissen zu begegnen;
38. dazu aufzurufen, intensivere Anstrengungen zum Ausbau des schnellen Internets in ländlichen Gebieten zu unternehmen;
39. hervorzuheben, dass die grundlegenden IKT-Kenntnisse verbessert werden müssen.

Brüssel, den

### III. VERFAHREN

<b>Titel</b>	Innovation und Modernisierung der ländlichen Wirtschaft
<b>Referenzdokument(e)</b>	
<b>Rechtsgrundlage</b>	Artikel 307 Absatz 4 AEUV
<b>Geschäftsordnungsgrundlage</b>	Initiativstellungnahme
<b>Befassung durch den Rat/das EP/ Schreiben der Kommission</b>	Nicht zutreffend.
<b>Beschluss des Präsidiums</b>	2. Juni 2015
<b>Zuständige Fachkommission</b>	Fachkommission für natürliche Ressourcen
<b>Berichterstatter</b>	Randel Länts (EE/SPE), Mitglied des Stadtrats von Viljandi
<b>Analysevermerk</b>	Juli 2015
<b>Prüfung in der Fachkommission</b>	voraussichtlich am 21. September 2015
<b>Annahme in der Fachkommission</b>	voraussichtlich am 24. November 2015
<b>Ergebnis der Abstimmung in der Fachkommission (mehrheitlich/einstimmig angenommen)</b>	
<b>Verabschiedung im Plenum</b>	voraussichtlich am 10./11. Februar 2016
<b>Frühere Stellungnahmen des AdR</b>	CdR 65/2012 fin – Stellungnahme <i>Legislativvorschläge für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Politik der ländlichen Entwicklung nach 2013</i> <sup>1</sup> CdR 1684/2012 fin – Stellungnahme <i>Von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur lokalen Entwicklung</i> <sup>2</sup> CdR 1749/2012 fin – Stellungnahme <i>Die europäische Innovationspartnerschaft: Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit</i> <sup>3</sup> CdR 3765/2013 fin – Stellungnahme <i>Nachhaltige Entwicklung ländlicher Gebiete</i> <sup>4</sup>
<b>Konsultation des Netzes für Subsidiaritätskontrolle</b>	Entfällt.

1 [ABl. C 225 vom 27.7.2012, S. 174-199.](#)

2 [ABl. C 17 vom 19.1.2013, S. 18-24.](#)

3 [ABl. C 17 vom 19.1.2013, S. 51-55.](#)

4 [ABl. C 356 vom 5.12.2013, S. 80-85.](#)